Landtag
Nordrhein-Westfalen
14. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 14/310
29.11.2006

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

24. Sitzung (öffentlich)

29. November 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:55 Uhr

Vorsitz: Günter Garbrecht (SPD)

Protokollerstellung: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse: Seite

1 Aktuelle Viertelstunde 1

Thema: **„Auswirkungen der von Minister Laumann geplanten Vollzugsumkehr im Maßregelvollzug von *Therapie vor Strafe* in *Strafe vor Therapie* vor dem Hintergrund der Vorkommnisse in der JVA Siegburg. Besteht zudem das im Justizvollzug aufgetretene Problem der Mehrfachbelegungen auch im Bereich des Maßregelvollzuges?“**

auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Nach dem ausführlichen Bericht von Minister Karl-Josef Laumann stellen Barbara Steffens (Grüne) und Elisabeth Veldhues (SPD) Fragen, die aufgrund einer Absprache im Ausschuss über die Behandlung von Detailfragen zum Maßregelvollzug nicht in der Sitzung, sondern im Nachhinein schriftlich vom Ministerium beantwortet werden.

Seite

2 Wohnen und Pflege im normalen Wohnumfeld - selbstständiges Leben durchgängig sichern helfen 6

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/114

- abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss nimmt den gemeinsamen Antrag aller vier Fraktionen *(siehe Anlage)* mitsamt der vom Vorsitzenden vorgeschlagenen Ergänzung „unter Einbeziehung der DIN“ auf Seite 7 unter Nr. 11 einstimmig an.

3 Nichtraucher/-innenschutz in Nordrhein-Westfalen umsetzen! 7

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2402 - Neudruck

In Verbindung damit:

Gesundheit stärken - Nichtraucherschutz verbessern und Prävention der Nikotinabhängigkeit ausbauen

Antrag
der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP
Drucksache 14/2877

Die Beratung zu diesem Punkt soll nach einem Bericht der Landesregierung in der nächsten AGS-Ausschusssitzung erfolgen.

4 Bundeszuschuss für das Wohngeld an Kommunen: Finanzielle Auswirkungen der Übereinkunft von Bund und Ländern 8

- Bericht der Landesregierung

Chef der Staatskanzlei Karsten Beneke erstattet Bericht. Dem Ausschuss soll Zahlenmaterial zur Verfügung gestellt werden.

Von diesem Punkt wurde auf Anregung des Vorsitzenden ein Vorabprotokoll erstellt.

Seite

5 Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren - Langzeiterwerbslosen eine dauerhafte Perspektive für Arbeit und Beschäftigung schaffen 14

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2406

- abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss kommt überein, getrennt über die beiden Forderungen des Antrags abzustimmen. Der Ausschuss lehnt Punkt VI Ziffer 1 des Antrags der Fraktion der Grünen Drucksache 14/2406 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen ab. Aufgrund dieses Ergebnisses verzichtet der Vorsitzende auf eine getrennte Abstimmung über die zweite Forderung und lässt über den Gesamtantrag abstimmen. Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der Grünen Drucksache 14/2406 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen ab.

6 Gesetz zur Straffung der Behördenstruktur in Nordrhein-Westfalen 16

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2574

Ausschussprotokoll 14/290

Stellungnahmen siehe APr 14/290

- abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/2574 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen an.

Seite

7 Ökonomische Unterschiede zwischen Frauen und Männern bei den Freigrenzen des Schonvermögens im Fortentwicklungsgesetz Hartz IV berücksichtigen! 17

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2404

- abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss strebt weiterhin eine gemeinsame Resolution an. Der Punkt soll zu gegebener Zeit wieder auf die Tagesordnung genommen werden.

8 Die Überarbeitung des Zuwanderungsgesetzes muss die Weichen neu stellen: Den Wirtschaftsstandort NRW durch erleichterte Zuwanderung und bessere Integrationsförderung stärken 18

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2492

- abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Dieser Antrag wird ohne Votum an den federführenden Ausschuss für Generationen, Familie und Integration weitergeleitet.

9 Sofortiges Einschreiten bei Kindeswohlgefährdung sichern - Handlungsstrategien für einen wirksamen Kinderschutz entwickeln 18

Antrag
der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP
Drucksache 14/2722 - Neudruck

- abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Dieser Antrag wird ohne Votum an den federführenden Ausschuss für Generationen, Familie und Integration weitergeleitet.

Seite

10 Die Integration der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler in Nordrhein-Westfalen zielstrebig vorantreiben 18

Antrag
der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP
Drucksache 14/2876

- Verfahrensabsprache

Dieser Antrag soll auf die Tagesordnung der auswärtigen Sitzung am 17. Januar 2007 in Bochum genommen werden.

11 NRW muss Europäische Transparenzinitiative aktiv unterstützen 19

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2588

- abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Dieser Antrag wird ohne Votum an den federführenden Hauptausschuss weitergeleitet.

12 Hochschulen als Träger der beruflichen Ausbildung stärken 20

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2586

- abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Dieser Antrag wird ohne Votum an den federführenden Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie weitergeleitet.

Seite

13 Weniger Pestizide in Obst und Gemüse - Summengrenzwerte festlegen! 20

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2726

- abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Dieser Punkt soll eventuell in der auswärtigen Sitzung am 17. Januar 2007 behandelt werden.

14 Strukturpolitik für den Niederrhein 21

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2869

- Verfahrensabsprache

Dieser Punkt soll eventuell in der Sitzung am 28. Februar 2007 behandelt werden.

15 Gesetz zur Übertragung der Regionalplanung für die Metropole Ruhr auf den Regionalverband Ruhr 22

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2774

- Verfahrensabsprache

Der Ausschuss will sich gegebenenfalls nachrichtlich an der in Rede stehenden Anhörung des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Energie beteiligen, ansonsten in der auswärtigen AGS-Ausschusssitzung am 17. Januar 2007 über diesen Punkt beraten.

16 Verschiedenes 22

a) Beschluss einer auswärtigen Sitzung 22

Der Ausschuss beschließt, am 17. Januar 2007 in Bochum eine auswärtige Sitzung zum Thema „Modellregion eGesundheit.nrw“ durchzuführen.

Seite

b) Beschluss einer Reise einer Ausschussdelegation 22

Der Ausschuss beschließt, vom 25. April bis 27. April 2007 mit einer Delegation nach Wien zu reisen.

c) Gespräch mit chinesischer Delegation 23

Der Vorsitzende informiert den Ausschuss über ein für Freitag, den 1. Dezember 2006, geplantes Gespräch mit einer hochrangigen Delegation des Volkskongress-Komitees der Provinz Fujian, die sich auf Einladung der Deutsch-Chinesischen Parlamentariergruppe NRW im Landtag einfinden werde und deren besonderes Interesse dem Thema „Menschen mit Behinderungen und deren Eingliederung in die Beschäftigung“ gelte.

d) Bericht der Landesregierung 23

Der Vorsitzende erinnert das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales an dessen Zusage, den Ausschuss über die Ergebnisse der Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Wohlfahrtsverbänden zur Kommunalisierung der Mittel im Drogen- und Aidsbereich zu unterrichten.

*****

Daraufhin lässt **Vorsitzender Günter Garbrecht** über den Gesamtantrag abstimmen.

Der **Ausschuss** lehnt den Antrag der Fraktion der Grünen Drucksache 14/2406 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen ab.

6 Gesetz zur Straffung der Behördenstruktur in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2574

Ausschussprotokoll 14/290

Stellungnahmen siehe APr 14/290

- abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Vorsitzender Günter Garbrecht weist darauf hin, dass der federführende Ausschuss an diesem Nachmittag seine Beratungen beenden wolle.

Heike Gebhard (SPD) plädiert dafür, die Aussprache auf die im Zuständigkeitsbereich des AGS-Ausschusses liegende Arbeitsschutzverwaltung zu beschränken, deren Kommunalisierung in der Anhörung das Wort geredet worden sei. Zum Wesen des Arbeitsschutzes und der Arbeitsschutzaufsicht gehöre eine unabhängige, gut organisierte Arbeitsschutzbehörde. Dieses von anderen Bundesländern gerühmte hohe Gut sollte nicht durch die Nähe von Betroffenen zueinander gefährdet werden, die zu einer Zwickmühle zwischen dem Schutz zum Beispiel der Kunden oder der Beschäftigten eines Unternehmens und der Wahrung wirtschaftlicher Interessen, also dem Schutz von Arbeitsplätzen, führen könnte.

Barbara Steffens (GRÜNE) äußert ihr Unverständnis darüber, dass der Ausschuss über einen in vielen Fragen nach wie vor ungeklärten Weg abstimmen solle. Die Anhörung habe mehr Ablehnung als Zustimmung zu dem Vorgehen bezogen auf den Arbeitsschutzbereich erkennen lassen. Unterschiedliche Auffassungen bestünden zum Beispiel hinsichtlich einer Kommunalisierung beziehungsweise Pseudokommunalisierung und der Frage, ob Fach- und Dienstaufsicht in der Hand der Bezirksregierungen liegen sollten. Anders als in seiner Funktion als Parlamentarischer Staatssekretär habe Herr Palmen als Abgeordneter gesagt, dass eine Kommunalisierung nicht stattfinden werde. Aus all diesen Gründen könnten die Grünen diesen Gesetzentwurf nur ablehnen.

Seine Fraktion, so **Josef Wilp (CDU),** werde dem Gesetzentwurf zustimmen, da er viel Vernünftiges enthalte und man auch diesen Punkt anpacken müsse, wenn man etwas verändern wolle. Ganz fertig werde man nie, da es sich hier um einen Prozess handele, in dem später ohnehin noch das ein oder andere zu verändern sei.

Der **Ausschuss** nimmt den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/2574 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen an.

7 Ökonomische Unterschiede zwischen Frauen und Männern bei den Freigrenzen des Schonvermögens im Fortentwicklungsgesetz Hartz IV berücksichtigen!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2404

- abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Vorsitzender Günter Garbrecht erkundigt sich, ob die im Ausschuss angekündigte gemeinsame Resolution inzwischen vorliege.

Barbara Steffens (GRÜNE) erklärt, die Obleute hätten sich seit der Ankündigung der CDU, gemeinsam mit dem Koalitionspartner einen Aufschlag für diese gemeinsame Resolution zu machen, noch nicht wieder zu einem Gespräch getroffen. Daher müsse beim nächsten Obleutetreffen das weitere Vorgehen vereinbart werden.

Da das Fortentwicklungsgesetz längst verabschiedet sei, merkt **Vorsitzender Günter Garbrecht** an, könne es hier ohnehin nur darum gehen, eine politische Position zu vermitteln. Im Übrigen heiße das Gesetz nicht Hartz IV, sondern SGB II.

Barbara Steffens (GRÜNE) sagt zu, den federführenden Ausschuss für Frauenpolitik, dem sie ebenfalls als Mitglied angehöre, über das vom AGS-Ausschuss vorgesehene Verfahren zu informieren. Sollte der AF gegen ein gemeinsames Vorgehen sein, könne er den Antrag auch separat beraten.

Vorsitzender Günter Garbrecht bittet um ein möglichst zügiges Verfahren und kündigt an, diesen Punkt zu gegebener Zeit wieder auf die Tagesordnung zu nehmen.